

Inhaltsverzeichnis

1. European Business School

European Business School

Die im Sommer 2010 aus der European Business School University (EBS) entstandene **EBS Universität für Wirtschaft und Recht** gGmbH ist eine vom Land Hessen und der Stadt Wiesbaden hoch subventionierte private Wirtschaftsuniversität. Sie unterhält die EBS Business School und die EBS Law School mit Standorten in Wiesbaden und Oestrich-Winkel. Trägerin der EBS ist die Stiftung zur Förderung der EBS, deren Mitglieder hochrangige Repräsentanten der Wirtschaft sind. Die Gesamtzahl der Studierenden lag 2012 bei über 1.500.

European Business School (EBS)

Rechtsform	gemeinnützige GmbH
Tätigkeitsbereich	Universität für Wirtschaft und Recht
Gründungsdatum	1971
Hauptsitz	Wiesbaden
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.ebs.edu

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	2
2 Universitätsleitung	2
3 Stiftung	3
4 Aufsichtsrat	3
5 Finanzierung	3
6 Untreuevorwürfe gegen Ex-Präsidenten	4
7 Kritik	4
7.1 Subventionierung durch das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden	4
7.2 Einfluss der Spender	5
8 Weiterführende Informationen	5
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
10 Einzelnachweise	5

Geschichte

Die 1971 in Offenbach gegründete European Business School zog 1980 von Offenbach ins Schloss Reichartshausen, Oestrich-Winkel, um. 1989/92 wurde sie als Wissenschaftliche Hochschule anerkannt. 2005 wurde der zweite Standort in Wiesbaden-Schierstein bezogen. 2010 expandierte die EBS mit der Gründung der EBS Law School zur EBS Universität für Wirtschaft und Recht i.Gr. 2011 wurde der EBS der Status und die Bezeichnung EBS Universität für Wirtschaft und Recht verliehen.

(Quelle: ^[1])

Universitätsleitung

Die Geschäfte der EBS Universität für Wirtschaft und Recht GmbH führen der Präsident in seiner Eigenschaft als akademischer Geschäftsführer und CEO sowie der Kanzler/Geschäftsführer/CFO .

Präsident/CEO:

- Rolf D. Cremer (Vorgänger: Christofer Jahns)

Kanzler/CFO:

- Georg Nikolaus Garlichs

(Quelle: ^[2])

Stiftung

Die Stiftung zur Förderung der European Business School ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, deren Aufgabe die Trägerschaft und Förderung der EBS Universität ist. Sie leistet Zuschüsse zu den Kosten der Lehre und Forschung sowie der Sachmittel und führt die Öffentlichkeitsarbeiten und Spendensammlungen durch.

Geschäftsführender Vorstand der Stiftung:

- Hellmut K. Albrecht, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hugo Boss AG
- Falk F. Stracheg, Gründungsgesellschafter EXTOREL GmbH

Mitglieder des Stiftungsvorstands

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

(Quelle: ^[3])

Aufsichtsrat

Oberstes Aufsichts- und Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat, der von der Stiftung berufen wird. Mitglieder^[4] sind u. a.:

- Hellmut K. Albrecht (Vorsitzender), Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hugo Boss AG
- Walter Arnold (Stellv. Vorsitzender), Staatssekretär a.D. und CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag

Finanzierung

Die EBS finanziert ihren laufenden Etat wie folgt: 35 % entfällt auf Studiengebühren, 19 % auf Zuwendungen und 2 % auf staatliche Finanzhilfen (der Rest entfällt auf Aufbaufinanzierung Universität, Auftragsforschung, Weiterbildung und Sonstiges).^[5]

Der Aufbau eines neuen Campus mit Jura-Fakultät in Wiesbaden wurde allein vom Land Hessen mit 24,7 Mio. Euro subventioniert.^[6] Die Zuschüsse des Landes und der Stadt Wiesbaden beliefen sich insgesamt auf 50 Mio. Euro.^[7] Das Bundesforschungsministerium hat der EBS im Rahmen des Logistik-Spitzenclusterwettbewerbs bis Ende 2010 zwei von insgesamt vier Projekten genehmigt, die es mit 2,3 Mio. Euro fördert.^[8] Die Genehmigung eines Projekts sei wegen Nachfragen bezüglich personeller und wirtschaftlicher Verflechtungen der EBS mit Auftragnehmern zurückgestellt worden. Das vierte Projekt „Cluster Sourcing-Tool“ sei bisher von der EBS noch nicht beantragt worden. Es gehe um insgesamt fünf Millionen Fördergeld.

Die Förderung über Spenden spielt eine wichtige Rolle. Neben den Zustiftungen zum Stiftungskapital oder der Beteiligung an Lehrstuhl- und Centerstiftungen bestehen die Möglichkeiten der Studienplatzfinanzierung und der Förderung von Forschungsprojekten. Spenden müssen nicht publik gemacht werden.

Der Landesrechnungshof, der die Aufbaufinanzierung der juristischen Fakultät der EBS geprüft hat, kam Ende 2012 zum Ergebnis, dass die EBS-Universität ohne nachhaltige Zuführung von Eigenkapital oder eigenkapitalersetzenden Darlehen nicht in der Lage ist, eine Überschuldung zu verhindern und ihre Zahlungsfähigkeit auf Dauer zu sichern.^[9] Die Führung der EBS erklärte dazu, sie werde Sponsoren stärker anzapfen, mehr Drittmittel einwerben, mit Weiterbildung mehr Geld verdienen und die Gebühren für Studierende von 6000 auf 7000 Euro pro Semester erhöhen.^[10]

Untreuevorwürfe gegen Ex-Präsidenten

Nach einer Presserklärung der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i.G. vom 7. April 2011 hat der EBS-Aufsichtsrat Prof. Christofer Jahns, den damaligen Präsidenten der EBS, mit sofortiger Wirkung abberufen. Dieser ist an dem Schweizer Beratungsunternehmen Brain-Net beteiligt, das offenbar mit der EBS verflochten ist. Anfang des Jahres hatte der Spiegel die Verbindung und eine mögliche Vermischung von EBS-Betrieb und privaten Geschäften publik gemacht.^[11] Wegen des dringenden Verdachts der Untreue wurde Jahns am 4. April 2011 vorläufig festgenommen und nur unter der Auflage wieder freigelassen, sein Amt ruhen zu lassen.^[12] Jahns soll 180.000 Euro aus der EBS in eigene Firmen geleitet haben – auch höhere Beträge halten die Ermittler für möglich.

Kritik

Subventionierung durch das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden

Verteter der staatlichen Hochschulen kritisierten die Subventionierung. Das Präsidium der Goethe-Universität hob die an den Universitäten Mainz und Frankfurt bereits vorhandene juristische Kompetenz hervor.^[13] Weil sie auch im Hinblick auf die Ökonomie einen hohen Differenzierungsgrad aufweise, sei nicht nachvollziehbar, warum mit Hilfe staatlicher Mittel nun weitere Kapazitäten in privater Trägerschaft aufgebaut werden sollen. Detlev Reymann, Präsident der Fachhochschule Rhein-Main, beruft sich in einem öffentlichen Brief an Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) auf einen Grundsatzbeschluss der Hochschulrektorenkonferenz. Danach dürften private Hochschulen nur öffentlich finanziert werden, wenn sie ein neuartiges Studienangebot unterbreiteten.^[14] Die in Aussicht gestellte Unterstützung der EBS durch die Stadt Wiesbaden würde diese Grundsätze eklatant konterkarieren. Detlev Reymann moniert auch, dass das Land Hessen für 200 Jura-Studenten der EBS ungeschmälernte Millionen in Zeiten übrig hat, wo den staatlichen Hochschulen in Hessen rund 30 Millionen aus ihrem Etat von der Landesregierung gestrichen

wurden.^[15] Die Frankfurter Rundschau vertritt die Auffassung, Wiesbaden hätte auch Unistadt werden können, wenn die dort ansässige Fachhochschule mit Staatsgeld in den Rang der Universität erhoben worden wäre. Auch der Jura-Studiengang einer staatlichen Universität hätte mit 50 Millionen derart modernisiert werden können, wie es die EBS-Lawschool nunmehr vorhabe. Es sei nur schwer zu vertreten, dass eine private Hochschule, die bis zu 13.000 Euro Gebühren pro Jahr von ihren Studenten verlange, mit Millionen subventioniert werde, die den öffentlichen Bildungseinrichtungen genommen würden. Dies sei schwarz-gelbe Klientelpolitik. Joachim Barth von der Lehrgewerkschaft GEW erklärte: „Bildung muß für alle da sein, und nicht als Ware für einige wenige“.^[16]

Der Landesrechnungshof kritisierte Ende 2012, das für die Förderung der ESB zuständige Wissenschaftsministerium habe keine belastbaren Analysen über den Bedarf einer wirtschaftsnahen Juristenausbildung in Hessen und an der Gründung einer weiteren hessischen Universität vorgelegt.^[17]

Einfluss der Spender

Die Gründung der EBS erfolgte auf Initiative maßgeblicher Repräsentanten der Wirtschaft (Unternehmer, Geschäftsführer, Vorstände, Aufsichtsräte), die das Stiftungskapital aufgebracht haben und die Gremien der EBS dominieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob bei der Behandlung von Themen, die politisch umstritten sind und die Interessenlage der Wirtschaft insgesamt oder bestimmter Branchen tangieren, die bei staatlichen Hochschulen zu vermutende Pluralität der Lehrmeinungen ausreichend zum Tragen kommt. Solche Themen sind beispielsweise die Notwendigkeit und der Umfang von Privatisierungen und Regulierungen oder die Ausgestaltung des Steuersystems, insbesondere im Hinblick auf die Unternehmenssteuern. Bei diesen Themen ist zu erwarten, dass bei der Besetzung von Lehrstühlen oder der Betreuung von Forschungsprojekten solche Wissenschaftler bevorzugt werden, deren wissenschaftliche Positionen der eigenen Interessenlage entsprechen. Es erscheint deshalb problematisch, private Hochschulen, in deren Tätigkeit auch die Partialinteressen ihrer kapitalstarken Förderer einfließen, mit öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Während die Ausgestaltung der staatlichen Hochschulpolitik über Wahlen letztlich von jedem Bürger mit beeinflusst werden kann, wird die Politik der privaten Hochschulen im Wesentlichen von den Vorstellungen der Wirtschaftseliten geprägt. Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen enthält deshalb auch ein Element der Entdemokratisierung der Bildungspolitik.

Weiterführende Informationen

[Broschüre der GEW vom 28. April 2008 Privatisierungsreport - 6 Schöne neue Hochschulwelt](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Daten und Fakten](#), Website der EBS, abgerufen am 2. Februar 2013
2. ↑ [Daten & Fakten/Universitätsleitung](#) auf der Website der EBS, abgerufen am 2. Februar 2013
3. ↑ [Stiftung](#) auf der Website der EBS, abgerufen am 2. Februar 2013

4. ↑ [Aktuelles Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat der EBS Universität für Wirtschaft und Recht](#), 12. Juni 2012
5. ↑ [Daten und Fakten auf der Website der EBS](#), abgerufen am 2. Februar 2013
6. ↑ [Volker Schmidt: European Business School Ministerin gab EBS Geld ohne Prüfung](#), Frankfurter Rundschau von 7. Dezember 2012, Website FR, abgerufen am 2. Februar 213
7. ↑ [Universitätsstadt Wiesbaden](#), Frankfurter Rundschau vom 17. Juni 2010, Website der FR, abgerufen am 7.4.2011
8. ↑ [European Business School](#), FR vom 27. Januar 2011
9. ↑ [Christof Cuntz: Nach Prüfung durch Landesrechnungshof: EBS in Wiesbaden droht die Pleite](#), Wiesbadener Tagblatt vom 7. Dezember 2012, Website Wiesbadener Tagblatt, abgerufen am 2. Februar 2013
10. ↑ [Volker Schmidt: European Business School Ministerin gab EBS Geld ohne Prüfung](#), Frankfurter Rundschau von 7. Dezember 2013, Website FR, abgerufen am 2. Dezember 213
11. ↑ [Bildung Schöner Schein](#), Spiegel vom 24. Januar 2011, Website Spiegel, abgerufen am 7.4.2011
12. ↑ [Elite und Exzesse](#), Süddeutsche Zeitung vom 6. April 2011
13. ↑ [Wiesbaden Einigung über juristische Fakultät steht bevor](#), FAZ vom 16. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 8.4.2011
14. ↑ [Wiesbaden Einigung über juristische Fakultät steht bevor](#), FAZ vom 16. April 2009
15. ↑ [Astrid Ludwig: Klientel bedient](#), FR vom 18. Juni 2010, Website der FR, abgerufen am 8.4.2011
16. ↑ [Universitätsstadt Wiesbaden Da haben wir ein Ding gedreht](#), Frankfurter Rundschau vom 17. Juni 2010, abgerufen am 8.4.2011
17. ↑ [Christof Cuntz: Nach Prüfung durch Landesrechnungshof: EBS in Wiesbaden droht die Pleite](#), Wiesbadener Tagblatt vom 7. Dezember 2012, Website Wiesbadener Tagblatt, abgerufen am 2. Februar 2013